



flash

Aktuelles der SVP Baselland

Nr. 70 November 2020

Interview	Nicole Roth	Peter Riebli	Sandra Sollberger	Caroline Schmid	Reto Tschudin
mit Hanspeter Weibel	Referendum gegen das neue CO ₂ -Gesetz	Unbrauchbares Dreidrittels-Mietgesetz	Nein zur Unternehmensverantwortungsinitiative	Bildungslandschaft Schweiz mit ihrer vorbildlichen Durchlässigkeit	Was müssen wir bis 2023 besser machen?
Seite 2	Seite 4	Seite 4	Seite 5	Seite 6	Seite 7

AZB
4414 Füllinsdorf

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Adventszeit und beste Gesundheit – ich freue mich auf ein Wiedersehen im 2021



Dominik Straumann
Parteipräsident SVP BL

Geschätzte SVP-Familie

Nach einem für uns alle besonderen und speziellen Jahr neigt sich dieses nun dem Ende zu. Ob im Jahr 2021 ein erster Schritt zurück in ein uns vertrauterer Leben erfolgt, wissen wir noch nicht. Ich wünsche mir dies auf jeden Fall von Herzen.

Eines ist aber jetzt schon klar: Die SVP braucht es in Zukunft mehr denn je. Sei dies für den Erhalt der direkten Demokratie und der Meinungsfreiheit, der Lebensqualität im Baselbiet und in der Schweiz, aber auch für den Erhalt der gesunden Finanzlage unseres Kantons. Gerade die Entwicklungen im vergangenen Jahr haben gezeigt, wie sehr wir diesen Werten Sorge tragen müssen.

Die SVP steht wie keine andere Partei dafür ein, die Anliegen der Bürger zu verstehen und zu vertreten. Die Parteiversammlungen und Parteitage sind der Puls, der uns antreibt und bewegt. Sie sind aber auch der Ort und die Zeit für gemütliches und freundschaftliches Beisammensein. Dass wir

in diesem Jahr so viele Veranstaltungen absagen mussten, oder diese nur eingeschränkt durchführen konnten, betrübt mich daher sehr. Umso mehr hoffe und freue ich mich aber darauf, dass wir schon bald wieder an gemeinsamen Veranstaltungen angeregt diskutieren und uns austauschen können, um uns danach auch gemeinsam mit Überzeugung für unsere Werte zu engagieren.

Nun wünsche ich Ihnen – trotz der sehr besonderen Zeit – eine besinnliche und erholsame Weihnachtszeit mit Ihren Liebsten und dann einen guten Rutsch ins neue Jahr, das uns hoffentlich ein grosses Stück Normalität zurückbringt.

Volksinitiative vom 10. Oktober 2016 «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» (Konzernverantwortungsinitiative)

NEIN

Volksinitiative vom 21. Juni 2018 «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

NEIN

Gesetz über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an die Mieterinnen und Mieter von Geschäftsräumlichkeiten im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19) vom 27. August 2020

NEIN

«Filz ist fast ein Normalzustand im Baselbiet»



Hanspeter Weibel tritt als Präsident der Baselbieter Geschäftsprüfungskommission zurück. Er geht mit gemischten Gefühlen.

Als Präsident der Baselbieter Geschäftsprüfungskommission (GPK) und damit Leiter der parlamentarischen Oberaufsicht gehörte der Bottminger SVP-Landrat Hanspeter Weibel in den vergangenen Jahren zu den prägenden Figuren in der Politik des Landkantons. Regierung und Verwaltung wussten: Sties der Spürhund mit seiner Kommission auf Unregelmässigkeiten, liessen sie so lange nicht locker, bis die Fakten auf dem Tisch lagen.

Während Weibels neunjähriger Präsidiumszeit förderte die GPK allerhand Missstände an den Tag, die öffentlich viel zu reden gaben. Dazu gehörten offene Fragen im Spitaldossier, überbordende Beraterhonorare, ineffiziente Abläufe bei der Staatsanwaltschaft oder unhaltbare Zustände im Fahrzeugwesen.

Doch jetzt hat der langjährige Oberaufseher genug: Wie der SVP-Landrat unlängst in der «Basler Zeitung» ankündigte, gibt er das hohe Amt dieser Tage ab.

Im ausführlichen Interview mit «Prime News» äussert sich Hanspeter Weibel zu seinen Beweggründen und zieht eine Bilanz.

Ihr Rücktritt als GPK-Präsident erfolgt kurz nach Bekanntwerden einer neuerlichen Mauschelei, der «Amigo-Affäre». In welchem Zustand befindet sich der Kanton Baselland?

Ich möchte vorausschicken: Die meisten Mitarbeitenden in der Verwaltung

arbeiten korrekt. In der GPK bekommen wir regelmässig Hinweise. Wenn wir sie dann abklären, stellen wir häufig fest, dass alles in Ordnung ist. Auf der anderen Seite gibt es aber immer wieder Vorkommnisse gravierender Art, bei denen das Gesetz verletzt oder die Corporate Governance nicht eingehalten wird. In solchen Fällen ist es wichtig, dass die GPK hinschaut und nicht wegschaut – auch wenn man sich damit natürlich nicht nur Freunde macht.

In den vergangenen Jahren hat die GPK immer wieder Missstände gröberer Art aufgedeckt – zum Beispiel unhaltbare Zustände in der Staatsgarage. Der Skandal um die Velohochbahn zeigt nun aber, dass keine Besserung eingetreten ist. Da stellt sich die Frage: Ist die Arbeit der GPK für die Katz'?

Tatsächlich haben gewisse Leute realisiert, dass die Oberaufsicht grösstenteils wirkungslos ist. Wenn wir einen brisanten Bericht vorstellen, ist die Aufregung kurze Zeit gross, man empört sich – ehe wieder zur Tagesordnung übergegangen wird, ohne dass Konsequenzen folgen. Es gab aber, das möchte ich nicht unerwähnt lassen, auch erfreuliche Beispiele. Als wir zum Dossier Bruderholzspital bis dahin unbekannte Analysen veröffentlichten, was ein Neubau bedeuten würde, reagierte die Politik sehr wohl. Es handelt sich also nicht um ein strukturelles, sondern auch um ein menschliches Problem.

Wie meinen Sie das?

Man kennt sich, war zusammen in der Schule. Der eine macht dem anderen einen Gefallen, beim nächsten Mal läuft es umgekehrt. Filz ist fast ein Normalzustand im Baselbiet. Bei der Wirtschaftskammer war das wenigstens offensichtlich. Doch Filz gibt es auch im Kleinen, wo man ihn zunächst gar nicht also solchen erkennt. Einige Landräte meinen, die in der Verfassung festgehaltene Deklaration der Interessenbindung gelte für sie nicht.

Müsste die GPK mehr Kompetenzen erhalten? Es wirkt immer etwas lächerlich, wenn am Ende eines haarsträubenden Spezialberichts «Empfehlungen» abgegeben werden, die zum Beispiel lauten, die entsprechen-

de Verwaltungs-Abteilung sollte die Buchhaltung korrekt führen.

(lacht) Ja, ich verstehe diese Sichtweise sehr gut. Ich wäre allerdings froh, wenn nur schon die Empfehlungen umgesetzt würden. Doch wenn wir, um das Beispiel aufzugreifen, eine korrekte Buchhaltungsführung anmahnen, entsteht sogleich eine Debatte: Wie ist «korrekte Buchhaltungsführung» zu interpretieren? Es ist noch nicht lange her, da verfügte jede Direktion noch über ein eigenes Controlling. Mit diesem Durcheinander ist es zum Glück vorbei.

Mitglieder der GPK sind Milizpolitiker, die einem Verwaltungsapparat mit fünf vollberuflichen Regierungsräten gegenüberstehen. Ist es überhaupt noch möglich, der Staatsmacht auf die Finger zu schauen?

Nach meinen Massstäben: Nein. Der Aufwand in der GPK ist gewaltig. Erschwerend kommt hinzu, dass es viele personelle Wechsel gegeben hat. 10 von 15 GPK-Mitgliedern sind neu dabei. Es fehlen das Knowhow und die Erfahrung. Ausserdem, und das ärgert mich sehr, können wir aufgrund von Interpretationsdifferenzen nicht mehr auf die Finanzkontrolle zurückgreifen.

Das überrascht. Die Finanzkontrolle besteht aus Vollzeit angestellten Controlling-Profis, die der GPK gemäss Gesetz bei Bedarf zur Verfügung stehen müssen.

So steht es zwar im Gesetz, die Praxis ist jedoch eine andere. Die neue Leitung glaubt, es sei an ihr, zu definieren, wie ein GPK-Auftrag konkret umgesetzt wird. Das hilft uns dann natürlich nicht weiter.

Ihre Kritik an der Finanzkontrolle ist unüberhörbar.

Ich stelle einfach nüchtern fest, dass seit der Übernahme durch die neue Leiterin wundersame Dinge geschehen sind: (Fast) alle Prüfungsberichte im Kanton befinden sich im grünen Bereich. Es bestehen anscheinend keinerlei Probleme mehr, bei denen die Finanzkontrolle Handlungsbedarf erkennt. Bislang habe ich noch keinen einzigen kritischen Bericht zu Gesicht bekommen. Das war früher wahrlich anders.

Schaut die Finanzkontrolle weg?

Das kann ich nicht beurteilen, ich sehe nur das Resultat. Seit dem Wechsel an der Spitze läuft im Kanton anscheinend alles einwandfrei.

In einem BaZ-Artikel gaben Sie an, auch deshalb zurückzutreten, weil Sie das Parteiengezänk innerhalb der GPK satthätten. Können Sie das ausführen?

Vertreter von SP und Grünen haben nach den Wahlen angekündigt, sie hätten nun die Mehrheit in der GPK, jetzt werde alles anders. Ich hatte diese Aussage damals einfach zur Kenntnis genommen. Inzwischen verstehe ich, wie das gemeint war. Einige Mitglieder haben nicht begriffen, dass Parteipolitik in der GPK nichts verloren hat.

Werden eigene Parteimitglieder vor Untersuchungen geschützt?

Ja, das ist mir mehrfach aufgefallen – leider, denn das ist schlecht für die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der GPK. Ich beobachte in letzter Zeit häufig politisch motivierte Manöver und eine Tendenz vom Rechts- zum Gesinnungsstaat. Es mangelt einigen Neulingen zudem an Respekt gegenüber erfahrenen GPK-Mitgliedern. Man tritt sich rüde ans Schienbein. Diese Stimmung gefällt mir nicht mehr.

Ihnen wurde teilweise im Parlament und in den Medien vorgeworfen, als GPK-Präsident eine «Weibel-Show» abzuziehen. Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?

Ich habe diesen Job immer sehr ernst genommen. Als Präsident hatte ich die Haltung der Kommission gegen aussen zu vertreten, auch wenn ich persönlich bei gewissen Punkten vielleicht eine andere Meinung hatte. Aber so ist nun einmal das System. Insofern kann ich diesen Eindruck nicht korrigieren, aber es war sicher nicht beabsichtigt.

Finden Sie rückblickend, dass Sie bei gewissen Geschäften anders hätten auftreten sollen?

Eine GPK, die Missstände feststellt, kann nicht so auftreten, als sei alles gar kein Problem. Manchmal brauchte es klare Worte. Zudem: 70 Prozent der GPK-Berichte gingen direkt an den Regierungsrat oder die Verwaltung und wurden nicht eigens im Landrat behandelt. Die Fälle, die öffentlichkeitswirksam diskutiert wurden, machten also nur einen vergleichsweise kleinen Teil unserer Arbeit aus.

In einem Artikel über die Baselbieter Fahrzeug-Affäre hat Ihnen die «Basellandschaftliche Zeitung» unlängst vorgeworfen, «Skandalisierung» zu betreiben.

Als Betroffener kann man wohl diesen Eindruck bekommen, das mag sein. Eine GPK muss aber – ich wiederhole mich – klar und deutlich benennen, was das Problem ist. Inwiefern das eine «Skandalisierung» sein soll, weiss ich auch nicht. Das Ziel der GPK ist es nicht, Skandale zu inszenieren, sondern das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass etwas schief läuft und Korrekturbedarf herrscht. Wenn dann noch die Stawa die damit zusammenhängenden Verfahren mit fragwürdigen Begründungen einstellt, empfinde ich das als Skandal.

Die Kommission entscheidet in den meisten Fällen einstimmig. Wie kommt das bei Ihnen an, wenn sich die mediale Kritik dennoch auf Ihre Person einschiesst?

In diesem konkreten Fall muss ich festhalten, dass der betreffende Journalist offenbar nicht bereit war, sich ernsthaft mit dem zugrundeliegenden Problem auseinanderzusetzen. Das ärgert mich natürlich schon. Vor allem, wenn daraus eine oberflächliche und in vielerlei Hinsicht auch falsche Berichterstattung erfolgt. Mir wurde später in der bz auch die Möglichkeit verweigert, meine Sicht der Dinge darzulegen.

Wie haben Sie als GPK-Präsident generell die Rolle der Medien als vierte Gewalt wahrgenommen?

Hätten sich die Medien nicht regelmässig intensiv mit unseren Berichten beschäftigt und diese den Lesern verständlich aufbereitet, wären wohl viele Probleme und Missstände unbeachtet geblieben. Der Landrat diskutiert die GPK-Berichte jeweils nur sehr oberflächlich, was natürlich auch mit Parteiinteressen zu tun hat.

Was würden Sie einem Whistleblower aus der Verwaltung raten: Soll er sich an die Ombudsstelle des Kantons oder an einen kritischen Journalisten wenden?

Heute würde ich ihm empfehlen, an einen vertrauenswürdigen Journalisten zu gelangen. Die Strukturen der staatlichen Oberaufsicht im Kanton garantieren nicht, dass der Informant mit seinen Aussagen insgesamt geschützt wird. Es

gibt im Baselbiet auch kein praxistaugliches Whistleblower-Gesetz. Jemand, der Missstände benennt, muss damit rechnen, der Willkür seiner Vorgesetzten ausgesetzt zu sein.

Das ist eine krasse Aussage für einen GPK-Präsidenten.

Bei meinem Amtsantritt vor neun Jahren hätte ich das wohl noch anders gesehen. Aber nach den Erfahrungen, nicht nur mit der Fahrzeug-Affäre, komme ich nicht umhin, dies so zu benennen.

Ist das generell derjenige Fall, der Ihnen am meisten in Erinnerung bleibt?

Jeder Fall hatte seine eigenen Facetten. Ich erinnere mich an eine Episode, als uns ein Regierungsrat zum ersten Mal die Herausgabe von Dokumenten verweigerte. Wir mussten ihm dann erklären, dass er von Gesetzes wegen dazu verpflichtet ist. Man muss aber auch sagen: Viele Regierungsräte haben immer konstruktiv mit uns zusammengearbeitet und waren teilweise sogar froh, dass wir gewisse Themen aufgreifen.

Gab es auch Fälle, bei denen Sie rückblickend sagen, dass Sie vielleicht genauer hätten hinschauen müssen?

Nein. Aber es gab Fälle, bei denen uns ganz viele Hinweise vorlagen, die wir aber nicht in einen Bericht fassen konnten, da die Vorgänge nicht einwandfrei dokumentierbar waren.

War das nicht frustrierend?

Nein, das würde ich so nicht sagen. Wir mussten einfach immer ganz genau hinschauen, was wir in einem Bericht schreiben und auch belegen können und was als Spekulation aussen vor bleiben muss. Frustrierend war manchmal das fehlende Vertrauen, wenn der Landrat Erkenntnisse der GPK infrage stellte, ohne die Hintergründe zu kennen.

Zusammenfassend: Hat sich die ganze Arbeit gelohnt?

Ich denke schon. Auf meine Rücktrittsmeldung habe ich eigentlich nur bedauernde Reaktionen erhalten. Ich habe diesen Job neun Jahre lang gemacht, jetzt muss man meinem Nachfolger die Möglichkeit geben, Dinge vielleicht auch anders zu machen.

Wir danken «Prime News» für das Interview. (www.primenews.ch)

Haben Sie das Referendum gegen das neue CO₂-Gesetz bereits unterschrieben?



Nicole Roth
Präsidentin Junge SVP BL

Das neue CO₂-Gesetz gilt es klar zu bekämpfen! Es führt zu mehr Bürokratie, Verboten, Vorschriften, neuen Steuern und Abgaben.

Es ist zu erwähnen, dass die Schweiz bereits zum jetzigen Zeitpunkt fortschrittlich in der Umwelt- und Klimapolitik ist. Seit 1990 wurde der CO₂-Ausstoss um 14 Prozent gesenkt und dies

trotz einer Bevölkerungszunahme von rund 1,8 Millionen Menschen. Ausserdem entspricht der jährliche CO₂-Ausstoss der Schweiz dem Ausstoss eines halben Tages in China. Heisst also, die Schweiz würde kaum einen minimalen Teil dazu beitragen, das Weltklima zu verbessern.

Viel wichtiger ist es, innovativ zu sein und nachhaltige Massnahmen zu erforschen und zu entwickeln.

Ich schreibe hier ein paar Punkte auf, wieso es dringend nötig ist, das CO₂-Gesetz zu bekämpfen.

Für mich die wichtigsten Punkte, um das Referendum zu unterstützen:

- Benzin und Diesel sollen um 12 Rappen pro Liter verteuert werden.
- Verdoppelt wird die Abgabe auf Heizöl und Gas.
- Weiter wird eine Abgabe auf Flugtickets verlangt, welche maximal Fr. 120.- pro Flug und Person beträgt.
- Die Abgaben fliessen in einen «Klimafonds».
- Diese Massnahmen belasten Bevölkerung und Wirtschaft massiv.

Es verbietet, neue Öl- und Gasheizungen einzubauen, im Gegenzug werden Heizungen mit erneuerbarer Energie wie beispielsweise Wärmepumpen vorgeschrieben. Da es zu Mehrkosten für den Hauseigentümer führt, werden als Folge die Mieten steigen.

Die Junge SVP Baselland ist gegen neue Verbote, Vorschriften und neue Steuern. Wir nehmen den Kampf gegen das toxische CO₂-Gesetz auf!

Helfen Sie mit und unterschreiben Sie noch heute.

Unterschriftenbögen finden Sie auf der unten aufgeführten Internetseite

Heizöl verbieten? Benzin und Diesel verteuern? Neue Flugticket-Steuer?



vernünftig-bleiben.ch
nachhaltig statt planlos

Unbrauchbares Dreidrittels-Mietgesetz



Peter Riebli, Landrat SVP BL

Am Sonntag, 29. November, stimmt das Baselbieter Wahlvolk über das «Gesetz über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an die Mieterinnen und Mieter von Geschäftsräumlichkeiten im Zusammenhang mit dem Corona-Virus [Covid-19]» ab.

Das auf eine Motion der Linken zurückgehende Gesetz sieht vor, dass sich Mieter und Vermieter vorgängig auf eine Mietzinsreduktion von einem Drittel der Netto-Miete einigen. In diesem Fall übernimmt der Kanton ebenfalls ein Drittel der geschuldeten Netto-Miete.

Da die Mietzinsbeiträge in erster Linie kleinen und mittleren Betrieben zugutekommen sollen, wird der Mietzins-

beitrag des Kantons auf maximal 3000 Franken pro Monat beschränkt. Der Beitrag kann nur für die Monate April, Mai und Juni 2020 beantragt werden.

Diese Gesetzesvorlage ist aus den nachfolgenden Gründen klar abzulehnen:

Der Kanton hat seit April 2020 schnell und unbürokratisch gut 40 Millionen Franken nicht rückzahlbare Soforthilfe ausgeschüttet und damit während des Lockdowns die Liquidität der Unternehmen gesichert. Im Minimum erhielten die Antragsteller 7500 Franken. Damit konnten fast 90 Prozent der Mieter mindestens ein Drittel der Mietkosten für die Monate April, Mai und Juni decken. Da gemäss dem vorliegenden Ge-

setz keine doppelten Unterstützungsbeiträge ausbezahlt werden, würden alle diese Mieter leer ausgehen. Von den vorgeschlagenen Mietzinsbeiträgen könnten nur die restlichen 10 Prozent der Mieter profitieren. Mieter, die mehr als 90 000 Franken Jahresmiete für ihre Geschäftsräume zahlen. Es handelt sich also nicht um eine KMU-, sondern um eine GMU-Vorlage (Gross- und Mittelunternehmen). Zudem besteht die Gefahr, dass auch auf bereits bestehende freiwillige Vereinbarungen zurückgekommen würde, nur um Beiträge aus der Kantonskasse abholen zu können.

Noch problematischer ist jedoch, dass das vorliegende Gesetz mit grosser Wahrscheinlichkeit verfassungswidrig ist, da Gewerbetreibende, die Eigentümer ihrer Geschäftsräumlichkeiten sind, mit diesem Gesetz leer ausgehen. Bund und Kantone haben sich bei ihrem Handeln nach Art. 94 Abs. 1 BV an den Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit zu halten. Das bedeutet insbesondere, dass das staatliche Handeln wettbewerbsneutral zu sein hat. Staatliche Massnahmen sind unzulässig, wenn sie den Wettbewerb unter direkten Konkurrenten verzerren, indem sie einzelne Konkurrenten (Mieter) gegenüber

anderen (Eigentümer) bevorzugen. Was es brauchen würde, wäre eine Härtefallregelung, und zwar für alle besonders betroffenen KMU und nicht nur für solche, die vom Goodwill des Vermieters profitieren und erst noch Jahresmieten von über 90 000 Franken zahlen.

Das zur Abstimmung stehende Gesetz hält nicht, was der Titel verspricht und ist nicht nur nicht zweckmässig, sondern auch verfassungswidrig.

Sogar der Regierungsrat empfiehlt dem Stimmvolk, das Gesetz abzulehnen!

Nein zur Unternehmensverantwortungsinitiative



*Sandra Sollberger
Nationalrätin SVP Baselland*

Am 27. November 2020 stimmen wir über die sogenannte Unternehmensverantwortungsinitiative ab. Das Anliegen reiht sich ein in eine Serie von linken Volksinitiativen, die es auf die Wirtschaft und Unternehmen in unserem Land abgesehen hat. Sie stellen alle Firmen und Gewerbler an den Pranger. Die Wirtschaft wird unter Generalverdacht gestellt. Alle werden in einen Topf geworfen. Das Unternehmertum wird geschwächt und der Staat damit gestärkt. Das ist nicht gut für unser Land und unseren Wohlstand.

Unternehmertum stärken in schlechten Zeiten

Ich bin selber Unternehmerin. Und ich sagen Ihnen, die Firmen sind heute schon die wahren Sozialarbeiter in unserem Land. Sie schaffen Stellen, zahlen Steuern, bieten Berufslehren an, engagieren sich auch lokal und verkaufen Produkte, die die Gesellschaft nachfragt. Das schafft Wohlstand und ermöglicht Fortschritt. Das ist sozial. Denn die stärksten Waffen gegen Armut sind Jobs. Und gerade in schwierigen Zeiten wie heute müssen wir das Unternehmertum stärken. Wir brauchen nicht noch mehr Bürokratie und Juristerei. Wir brauchen nicht noch mehr Stolpersteine und Regulierungen, die das unternehmerische Engagement behindern. Wir brauchen jetzt Aufbruchstimmung, um die Krise meistern zu können. Wir brauchen wirtschaftliche Freiheit und junge Menschen, die Unternehmen gründen.

Beweislastumkehr ist nicht hinnehmbar

Die Initiative macht aber genau das Gegenteil. Unsere Wirtschaft und auch insbesondere unsere KMU werden mit viel bürokratischem Aufwand belastet. Sie werden erpressbar. Unser Rechtssys-

tem geht bis anhin von der Unschuldsvermutung aus. Wenn jemand etwas behauptet, muss dieser jemand, oder der Staat, von Amtes wegen beweisen, dass ein Unrecht geschehen ist. Diese radikale Initiative will bei Unternehmen genau das umkehren. Jemand kann etwas behaupten und die betroffenen Firmen sind dann in der Pflicht zu beweisen, dass sie unschuldig sind. Das geht so einfach nicht. Das ist ein Generalverdacht gegen alle Firmen, Unternehmer und Gewerbler. Eine solche Initiative widerspricht jeglicher Rechtsstaatlichkeit und muss daher verworfen werden.

Juristenfutter

Zudem wird hier einfach noch mehr Juristenfutter produziert. Es wird gewaltige Gerichtsschlachten geben. Wir werden eine Klagewelle gegen Schweizer Unternehmen erleben, wie wir sie aus Amerika kennen. Diese Klageindustrie steht schon bereit, mit Horden von Juristen und Bürokraten, die nur darauf warten, die Wirtschaft ans Gängelband zu nehmen. Das wird nicht gratis sein, sondern auch die Allgemeinheit so einiges kosten. Lassen wir die Finger von solchen Experimenten. Glauben wir an das Unternehmertum und unsere Rechtsprechung. Dann braucht es keine solch extremen Initiativen.



Caroline Schmid, Bildungsrätin BL,
Schulrätin Gymnasium Muttenz

Die Basler Berufs- und Weiterbildungsmesse, die alternierend zur Berufsschau der Wirtschaftskammer Baselland stattfindet, wird dieses Jahr vom 19. bis zum 21. November dauern. Aufgrund der Corona-Situation findet sie jedoch erstmals in virtueller Form (online) statt. Ich bin sehr gespannt, wie diese doch spezielle Form bei den Schülerinnen und Schülern wie auch bei den Praxisbetrieben ankommen wird. Die Entscheidung aber, die Messe nicht einfach ganz abzusagen, sondern eine «Corona-konforme» Alternative anzubieten, finde ich umso bemerkenswerter. Denn dies zeigt eindrücklich, wie sehr man sich für das Thema «Ausbildung/Berufswahl» engagiert und wie sehr – gerade in den unsicheren Zeiten von Corona – dieses Thema vielen von uns am Herzen liegt. In diesem Kontext möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen die einzigartige Durchlässigkeit unserer Bildungslandschaft Schweiz näherzubringen. Wenn es Sie interessiert, ob unser Schweizer Bildungssystem beispielsweise die Möglichkeit zulässt, dass eine KV-Lehrabgängerin ein Studium in Recht (Jura) absolvieren kann, um ihren Traumberuf als Juristin ausüben, dann lesen Sie weiter.

Es freut mich, Ihnen mitzuteilen, dass unser Bildungssystem solche Möglich-

keiten in der Tat offenlässt! Natürlich braucht es neben unserem System, das den formellen Weg ebnet, hohe Leistung, viel Engagement und Zeit seitens der Auszubildenden. Aber es ist möglich!

Nach einer abgeschlossenen Berufslehre den Schulrucksack nun einmal im Estrich zu verstauen, ist eine Option für die meisten frischgebackenen Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, um nun vertiefte Berufserfahrung zu sammeln. Für viele geht die Reise dann aber nach ein paar Jahren weiter, denn das Interesse, eine berufsbegleitende Höhere Fachschule oder eine Fachhochschule zu besuchen, erfreut sich immer grösser werdender Beliebtheit! Unser Schweizer Bildungssystem ist sehr klug aufgebaut und darum beneiden uns auch viele Länder (wie beispielsweise der Besuch einer 14-köpfigen Delegation aus den USA zeigt, die in einem Schweizer Berufsbildungszentrum in Weinfelden 2018 zu Besuch war, um sich ein eigenständiges Bild über unsere Berufslehre und weiterführende Ausbildungen zu machen). Aufgrund unseres guten Bildungssystems können wir uns durchaus mit anderen Ländern messen. Unsere Quote der Jugendarbeitslosigkeit stellt im inter-

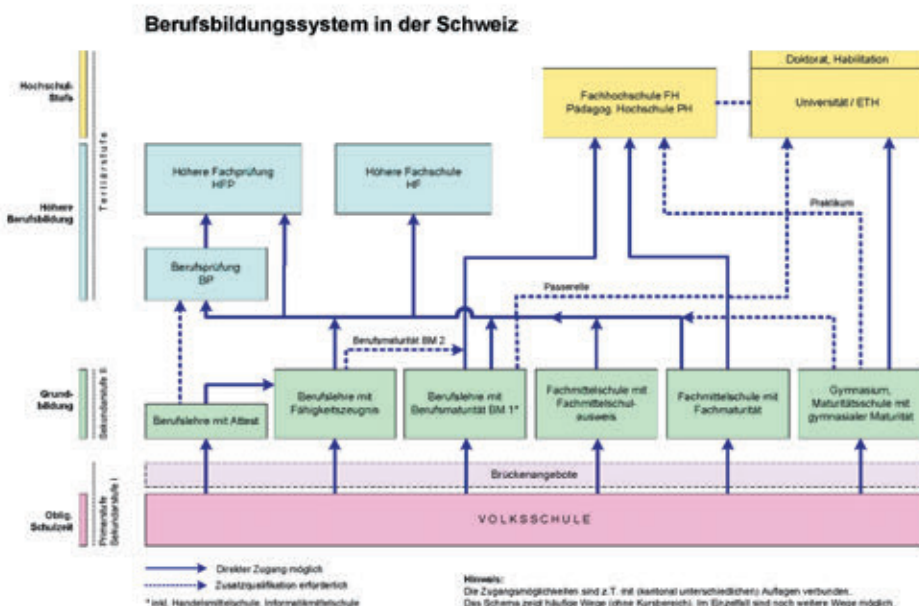
nationalen Vergleich einer der tiefsten Werte dar und darauf dürfen wir stolz sein! Aber darüber berichte ich gerne ein anderes Mal

Die untenstehende Grafik bildet unsere Schweizer Bildungslandschaft ab. Daraus können Sie entnehmen, welche zahlreichen Wege und Möglichkeiten unseren Kindern, Grosskindern und Urgrosskindern offenstehen! Das ist doch wahrlich eine Freude!

Beim eingangs erwähnten Beispiel der KV-Lernenden könnte der weitere Ausbildungsweg somit folgendermassen aussehen:

Abschluss der dreijährigen KV-Lehre (EFZ) mit Berufsmatura – Passerelle absolvieren (Ergänzungsprüfung zur Berufsmatura – sehr ambitiös und zeitaufwändig und nur wenige schaffen es, aber es ist möglich) und dann das Jura-Studium an einer Universität in Angriff nehmen und abschliessen.

Es ist mir durchaus bewusst, dass wenige Personen einen Berufsweg «vom KV-Abschluss zum/zur Juristen/-in» in Erwägung ziehen wollen. Vielmehr geht es mir aber darum, Ihnen aufzuzeigen, wie durchlässig unser System ist und wie viele Ausbildungen sich neben den



klassischen Berufswegen – mit der nötigen Zusatzportion an eigener Leistung – realisieren lassen.

Was mir an der Grafik besonders gefällt, ist die Unterteilung in «direkter Weg» (= fette Linie) und «möglicher Weg» (= gestrichelte Linie). Erlauben Sie mir hierzu eine persönliche Anmerkung: In

meiner früheren Funktion als Leiterin der Nachwuchsentwicklung von über hundert Auszubildenden habe ich oft die Erfahrung gemacht, dass nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern auch die Eltern die Möglichkeiten unseres Bildungssystems nicht gekannt haben. Aufgrund der vielen Optionen, die wir ihnen aufzeichnen konnten, stand

ihnen die Erleichterung dann förmlich ins Gesicht geschrieben. Momente, in denen wir alle stolz auf unsere Schweiz und ihr einzigartiges Bildungssystem sein dürfen!

Unsere Schweiz, unser Land mit den vielen «*möglichen Ausbildungswegen*» – tragen wir *möglichst* viel Sorge dazu!

Was müssen wir bis 2023 besser machen?



Reto Tschudin, Landrat und Mitglied der Parteileitung SVP BL

Das Wundenlecken nach den kantonalen Wahlen vom 31. März 2019 ist für die SVP nun definitiv vorbei und es ist an der Zeit, sich zu überlegen, was wir verbessern müssen, um 2023 wieder die stärkste Fraktion im Landrat zu werden.

Sieben Sitze haben wir 2019 verloren und sind derzeit mit 21 Landrätinnen und Landräten «nur» noch die zweitstärkste Fraktion hinter der SP. Auch wenn sich die Fraktion sehr gut mit dieser neuen Situation zurechtgefunden hat und mehr Abstimmungen gewinnen konnte, als man nach den Wahlen vermutete, kann es nicht der Anspruch der wählerstärksten Partei sein, sich

einfach «gut zu arrangieren», sondern zu alter Stärke zurückzufinden. Dies ist auch eines der erklärten Ziele unseres Präsidenten und wohl – so hoffe ich zumindest – auch die Überzeugung aller Mitglieder.

Um zu wissen, was wir besser machen müssen, ist es zwingend nötig, die gemachten Fehler zu analysieren und daraus zu lernen:

- Weshalb bringen wir die Wählerinnen und Wähler nicht mehr an die Urne?
- Sind wir erfolgsverwöhnt und müde geworden, oder setzen wir den Fokus auf die falschen Themen?
- Sollten wir doch besser der grünen Welle hinterherlaufen?
- Müssen wir unsere Grundwerte überdenken?
- Sind sie eventuell veraltet, ja gar verstaubt und nicht mehr «in»?

Nein! An den Themen liegt es mit Sicherheit nicht und auch die grundlegende Überzeugung unserer Partei ist noch vorhanden und klar richtig. Meines Erachtens wäre es falsch, nun einfach auf der «grünen Welle» mitzureiten, wie dies andere bürgerliche Parteien versuchen. Vielmehr müssen wir unseren Werten treu bleiben und die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, dass uns die Schweiz und der Kanton Baselland am Herzen liegen und es die Ansichten der SVP sind, die uns vorwärtsbringen.

Wir müssen aufzeigen, dass unsere Überzeugungen dem Naturschutz nicht widersprechen. Im Gegenteil sind wir es ja, die besonders auf unsere Flora und Fauna achten, die Jäger unterstützen und zu den Bauern stehen.

Ebenso setzen wir uns für den Mittelstand und für die Familien ein, bekämpfen neue Steuern und die Erhöhung staatlicher Abgaben und fördern den Wirtschaftsplatz Schweiz.

Wir unterstützen zudem mit unserer Grundhaltung insbesondere das lokale Gewerbe. Welche andere Partei kann von sich behaupten, in ihrem Parteiprogramm all diese Themen zu berücksichtigen und sich ernsthaft dafür einzusetzen? Nur die SVP denkt und handelt ganzheitlich und verfällt nicht gleich in Hysterie, wenn ein Thema medial «aufpoppt». Trotzdem schaffen wir es aktuell offensichtlich nicht, genügend Menschen in der Schweiz, speziell auch im Baselbiet, davon zu überzeugen.

Für mich ist klar, dass dies in erster Linie an uns liegt! Wir müssen unsere Themen wieder besser platzieren und wieder mehr in der Öffentlichkeit auf die Leute zugehen. Wir müssen gute Sektionsarbeit leisten und unsere Mitglieder betreuen und mitreissen. Als neu gewählter Sektionen-Verantwortlicher der SVP Baselland sehe ich meinen Beitrag in der Motivation und Unterstützung der Sektionsvorstände. Sie sind es, die das SVP-Gedankengut im Baselbiet verbreiten. In Anlehnung an Gotthelf gilt auch, besonders in der SVP: «In den Sektionen muss beginnen, was leuchten soll im Baselbiet».

In diesem Sinne hoffe ich auf eine gute Zusammenarbeit mit den Sektionen und auf eine motivierte und engagierte SVP-Familie, damit wir bereits heute gewappnet sind für die Wahlen 2023.



Lassen Sie sich den Flash per E-Mail liefern!

Immer mehr Mitglieder möchten den Flash nur noch per E-Mail erhalten und sind begeistert davon! Ab der nächsten Ausgabe des *Flash* haben auch Sie die Möglichkeit, die Zeitung per Mail zu erhalten!

Das hat folgende Vorteile

- Sie können die jeweiligen Ausgaben bequem in einem Ordner auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone speichern.
- Sie haben immer alle Ausgaben dabei und können so jederzeit etwas nachlesen, das Sie interessiert.
- Sie sparen Platz, da Sie die Papierausgaben nicht irgendwo sammeln müssen.
- Die Partei spart Geld, das sie nicht für Druck und Porti ausgeben muss.

Teilen Sie einfach Ihre E-Mail-Adresse der Geschäftsstelle, info@svp-bl.ch, mit, wenn Sie den *Flash* in Zukunft per Mail erhalten möchten. Die Druckerei wird auch den Versand per Mail übernehmen.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe. Geschäftsstelle SVP Baselland

Haben Sie eine neue Adresse?

Wenn ja, wünschen wir Ihnen alles Gute am neuen Domizil. Wir sind dankbar, Ihre neue Adresse zu erfahren, damit wir sie notieren und Sie weiterhin mit unserem Flash bedienen können.

Adressänderungen

bitte der Geschäftsstelle melden.
info@svp-bl.ch
 Telefon 061 421 86 21



Termine

Aufgrund der Corona-Situation bitten wir Sie, für Termine der SVP Baselland die entsprechende Website zu besuchen.
www.svp-bl.ch

Impressum/Kontakt

Flash ist das Infoblatt der SVP Baselland. Annahmeschluss für Beiträge: jeweils am 20. des Vormonats.
 Redaktion: flash@svp-bl.ch, Druck: Schaub Medien AG, Liestal.
 Adressänderungen an Geschäftsstelle SVP Baselland, 4410 Liestal, oder per E-Mail an: info@svp-bl.ch
 Telefon 061 421 86 21 / Fax 061 421 86 22 / www.svp-bl.ch

